

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Redaktions-Adresse: Tagesblatt Riesa,
Gemeindef. Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts,
des Amtsgerichtes beim Amtshauptmann Großenhain
und des Amtsgerichtes in Riesa, des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Weiskau.

Postfach-Adresse: Dresden 138
Telefon-Nr. 52.

Nr. 15.

Freitag, 18. Januar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 12.—31. Januar 1924 2,20 Mk. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Werkschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Wichtige Unterhaltungsbeilagen keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Aussprache über die Regierungserklärung im Landtage.

Ablehnung des kommunikativen Misstrauensantrags.

M. Dresden, 17. Januar 1924.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Aussprache über die Regierungserklärung:

Abg. Dr. Lehmann (DVP.) erklärt, seine Partei vertrete den Standpunkt, den der Ministerpräsident den Pressevertretern gegenüber gekennzeichnet habe. Andere Kreise, besonders die Deutschnationalen, fanden es verwunderlich, daß die Deutsche Volkspartei mit einer Partei zusammengehe, die Jahr und Tag eine ganz einseitige Klassenpolitik getrieben habe. Wir verkennen nicht, daß die Vorgänge der letzten Jahre schwere Bedenken auslösen müssen. Wenn aber 25 Männer sich von ihren Parteigenossen loslösen und uns die Hände entgegenstrecken (Abg. Arzt ruft: Hört, hört!) und mit uns eine Arbeitsgemeinschaft bilden wollen, so dürfen wir diese Hände nicht zurückweisen. Wir wollen keine Bergewaltigung Andersdenkender, sondern gesunden, unsere politischen Gegner zu überzeugen und uns mit ihnen zu verständigen. Wir würden auch, wenn wir die Mehrheit hätten, immer Rücksicht nehmen auf die großen Kreise, die außerhalb der Reichheit stehen. Wir wollen das Interesse der Bürger an der Politik wecken und fördern, um zu gemeinsamer fruchtbarer Arbeit zu gelangen. Wir verlangen von unseren Koalitionspartnern keine sofortige Umwandlung, man darf nicht verlangen, daß die Ernte schon im Mai reift. Nur Kinder reifen schon morgen das heraus, was sie heute gepflanz haben. Wir werden sehen, ob die Männer, die mit uns gehen wollen, auch bereit sind und die Macht dazu haben, die Politik, die wir wollen und die der Ministerpräsident gekennzeichnet hat, mitzumachen. Wir treten an eine neue schwere Aufgabe heran, die nur durch Kompromisse gelöst werden kann. Als wir noch Nationalliberalen waren, sagte man, wir seien Reaktionäre, jetzt wird uns von einem rechtsstehenden Freidenker Blatt Engherzigkeit und Halbheit vorgeworfen. Unser Volk hat die Parteiwirtschaft gründlich satt, es will nicht Worte hören, sondern Taten sehen, es will statt Parteivertretern Persönlichkeiten haben. Wir wollen nicht nur eine Abkehr von dem Marxismus, der ausgeübt hat, sondern vielmehr Festigung des Vertrauens zur Regierung. Wir wollen vor allen Dingen auch die falschen Meinungen, die über unsere Partei verbreitet sind, zerstreuen, wir wollen beweisen, daß wir nicht geringere Feinde von Schiebern und ähnlichen Feinden des Staatswohles sind, als andere. Wir haben uns von der Politik des Klassenkampfes frei gemacht, wir wollen Ruhe und Ordnung haben, damit unsere Industrie sich wieder aufbauen kann. Mit der Regierungserklärung sind wir einverstanden. Die Zukunft wird es lehren, ob auf der Basis, die jetzt in der großen Koalition gegeben ist, die Möglichkeit gegeben ist, eine sachliche und gedeihliche Politik zu führen.

Abg. Böttcher (Komm.) meint, die neue Regierung sei nichts als eine Spezialofferte des Verbandes der Sächsischen Industriellen an das sächsische Kapital. Welche sei lediglich Handlungskommiss. Die Sozialdemokraten würden auch noch mit den Deutschnationalen eine Koalition eingehen. Die Regierung werde eine typische bürgerliche Klassenregierung. Die Geburtsstunde der Koalition sei gleichzeitig ihre Todesstunde. Redner wirt dann der Regierung vor, sie unterwerfe sich in allen Fragen dem General Müller und der Reichsregierung. Sehr unzufrieden ist Redner damit, daß der Ministerpräsident selbst an der Tagung der bürgerlichen Presse teilgenommen hat. Hellisch habe durch seinen geistigen Artikel die Arbeiterklasse verlassen und sei mit fliegenden Fahnen zu der Bourgeoisie übergelaufen. Der Sozialdemokrat sei in der Gemeinschaft der Kommunisten nie wohl gewesen. Die Sozialdemokratie sei ein Teil des sächsischen Volkes. Die linken Sozialdemokraten, die heute noch die Barriere zwischen Proletariat und Bourgeoisie bilden, müßten am schärfsten bekämpft werden. Ein Verband mit der Sozialdemokratie gebe es nicht mehr. Hier müßten die Waffen entfallen. (Abg. Schwarz, Min. a. D. ruft wiederholt: So ein Quatsch! und unter allgemeiner Heiterkeit: Wenn Ihnen das Maul zur Dämme zugeschliffen würde, dann wären Sie vielleicht zu gebrauchen!) Das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie sei das der Menschheit im Anstand.

Anschließend der Verkündung der Tagesordnung der nächsten Sitzung beantragt Abg. Siwert (Komm.) auch die Wahl des Untersuchungsaußenkommissars vorzunehmen, der sich mit der angeblichen Heberaffäre der Reichswehr beschäftigen soll. Das gesamte Haus mit Einschluß der Sozialdemokraten lehnt diese Anträge ab. Die Kommunisten geraten dann über in Wutanfälle und schreien die unflätigsten Worte den Sozialdemokraten zu, von denen „Rameluden! Heuchler!“ noch die schärfsten sind. In den Kommunisten löst es hinüber: Parlamentarische Strolche!

Das Wort erhält sodann Abg. Ditt (Soz.): Für unsere Partei gab es keinen anderen Ausweg, als die große Koalition, nachdem der Versuch, mit der kommunikativen Fraktion hier in diesem Sinne parlamentarische Arbeit zu leisten, gescheitert war. Wir haben mit unserem Schritte das Beste für die sächsische Arbeiterklasse gewollt. Wir haben den parlamentarischen Verstand bis zum letzten Tropfen geleert. (Abg. Böttcher ruft: Das Ihr bald erlöst wäre!) Eine Partei, die noch einen Funken von Anstand und Ehrgefühl besitzt, kann nicht mit den Kommunisten gehen. Das sächsische Parlament muß endlich einmal wieder arbeitsfähig gemacht werden. Wir hoffen, daß die jetzige Koalition und die jetzige Regierung dazu beitragen werden. Man muß den Mut aufbringen, den Arbeitern zu sagen, daß bei dem Darniederliegen unserer deutschen Wirtschaft es nicht mög-

lich ist, alles das durchzuführen, was man gewollt und versprochen hat. (Beifall rechts.) Mit der Regierungserklärung sei keine Partei selbstverständlich einverstanden. Die Parteien, die die Koalition eingegangen sind, haben den letzten Willen, praktische Arbeit zu leisten, die Not der Bevölkerung zu beseitigen und unser Wirtschaftsleben zu heben. Gelingen uns das, dann wird eine Verfassung in der sächsischen Bevölkerung eintreten und man wird unseren Schritt billigen.

Abg. Hofmann (Dn.) verliest eine Erklärung.

In der es u. a. heißt: Unsere Beurteilung der Koalitions-Regierung selbst ist auch nach der Regierungserklärung die gleiche, die unter Fraktionsführer Herr Beutler bereits am 4. Januar bei der Ministerpräsidentenwahl dem Hause bekannt gegeben hat. Wir sind nach wie vor der festen Überzeugung, daß in allen Koalitionsregierungen mit der Sozialdemokratie die letzten bürgerlichen Teile dieser Regierungen nur dem Namen nach, ihre eigenen Parteiziele zu erreichen, ohne Rücksicht und Schonung der Rechte und ohne Achtung der politischen Auffassungen der bürgerlichen Parteien. Die Bildung der jetzigen Koalitionsregierung behauern wir noch deshalb, weil dadurch verhindert worden ist, daß den weitesten Kreisen des Volkes der Bankrott der bisherigen sozialdemokratischen Regierungspolitik offenbar wird und weil hierdurch die Auflösung des Landtages unterbleiben ist, die, wie die Gemeindevorordnetenwahl unabweisbar erkennen lassen, zu einer bürgerlichen Mehrheit des Landtages geführt haben würde. Der Sozialdemokratie ist eine Atempause gewährt worden, während welcher sie nicht nur einen ausschlaggebenden Einfluß in der Regierung besitzt, sondern auch, da die sozialdemokratische Partei im Lande zur jetzigen Regierung in Opposition steht, sie jede Verantwortung für die Maßnahmen der Regierung ablehnen kann. Dieser Zustand muß sobald als möglich durch Neuwahlen und Bildung einer bürgerlichen Regierung beendet werden. Wenn Herr Dr. Ministerpräsident selbst in seiner Regierungserklärung Beschlüsse der Wünsche und Forderungen der bürgerlichen Volkshälfte zulässt, und er versichert, daß seine Regierung gewillt ist, Verhandlungen und Fortschritt für alle Volkshälften zu erlösen und deren wirtschaftliche Not im sozialen Geiste zu lindern, die Landtagsgebäude unter Berücksichtigung aller schaffenden Stände vorwärts zu bringen und die Wege für weitere wichtige Kulturaufgaben zu pflügen, so müssen wir darauf entgegenkommen: „Die Welt ist nicht gerecht, doch uns fehlt der Glaube!“ Wir sind überzeugt, auch die Regierung selbst in ihrer sozialdemokratischen Mehrheit im Gegensatz zur Stärke der Regierungsmehrheit wird bei der jetzigen Regierungszusammensetzung dem Widerstand der sozialdemokratischen Parteigenossen gegen eine gerechte Durchführung der angelegten Geschäftsführung nicht zu brechen vermögen. Besonders in der inneren Verwaltung und bei Lösung der Kulturaufgaben auf dem Gebiete von Schule und Kirche werden sich starke unüberbrückbare Gegensätze, wie bisher, zeigen. In der angelegten Auffassung über den Einheitsstaat können ernste Differenzpunkte entstehen. Der föderative Standpunkt der Einzelstaaten besonders auf dem Gebiete des Steuerhoheitsrechtes für direkte Steuern, muß unserer Ansicht nach unter allen Umständen wiederhergestellt werden, wenn unsere Staaten und Gemeindefinanzen wirtschaftlich gesund sein sollen. Die Auffassung der Regierung über den Abbau des Ausnahmestandes erscheint uns bedenklich. Es wäre gewiß höchst erfreulich, wenn die Regierung in der Lage wäre, mit ihren eigenen Kräften und Organen Ruhe, Ordnung und Achtung vor Gesetz und Behörden im Lande in gleicher Weise zu sichern, wie es zur Zeit durch die Reichswehr geschieht. Wir bezweifeln aber, daß das noch in weiter Ferne liegt und daß schließlich für Aufhebung des Ausnahmezustandes die sozialistische Auffassung maßgebend sein wird. Nach alledem ist es zu befürchten, daß die heutige Große Koalition keinen langen Bestand haben wird, wir stellen sicher bald vor einer neuen Regierungslösung, deren wir in den letzten drei Monaten nicht weniger als vier erlebt haben. Darum halten wir daran fest, mit allen Mitteln dahin zu streben, eine Behandlung unserer Staatsverwaltung und der Regierungsgeschäfte nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratie durchzuführen. Wir betonen hierbei ausdrücklich, unser Kampf und unsere Gegnerschaft richtet sich nicht gegen die Arbeiterklasse, sondern gegen die sozialistische Staatsauffassung und Weltanschauung. Um dafür eine bürgerliche Landtagsmehrheit zu gewinnen, sind baldige Landtagsneuwahlen nötig und zu erstreben. Diese unsere Überzeugung zwingt uns, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu versuchen, die Auflösung des Landtages und damit den Rücktritt der jetzigen Regierung zu erreichen. Wir sind Gegner der großen Koalition. Wir halten es jetzt aber nicht an der Zeit, dem kommunikativen Misstrauensantrag zuzustimmen. Wir sind der Meinung, der Regierung müsse Zeit gelassen werden, sich zu bewähren oder nicht. Aus diesem Grunde werden wir uns heute bei dem Misstrauensantrag der Kommunisten der Abstimmung enthalten!

Abg. Schwarz (Komm.) erklärt, die Fraktionsminderheit der DVP. lehne es ab, für die Programmrede des Ministerpräsidenten selbst eine Mitverantwortung zu übernehmen. Sie habe heute den Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt, denn der kommunikativen Misstrauensantrag löse nicht die Krise, sondern verzögere nur die Entscheidung. Seine Freunde würden deshalb gegen den Misstrauensantrag stimmen.

Abg. Dr. Senfert (Dem.): In einem parlamentarischen Staate sei eine Einigung nur auf der mittleren Linie möglich. Durch Neuwahlen könnten die Schwierigkeiten nicht gelöst werden; auch dann würde das Verhältnis zwischen links und rechts dasselbe sein. Besonders erfreut sei seine Partei über die Erklärung der Deutschnationalen, daß sie der neuen Regierung Zeit zur Bewährung lassen würden. Seine Partei hoffe, daß nunmehr endlich die Reihe der politischen Diskussionen geschlossen sei und praktische Arbeit geteilt werde.

Damit schließt die Aussprache. Nach einem Schlußwort des Abg. Siwert (Komm.) wird der kommunikativen Misstrauensantrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Deutschvolkspartei gegen die der Kommunisten abgelehnt. Die deutschnationalen Fraktion enthält sich der Abstimmung. Es folgt die zweite Beratung über den Gesetzentwurf über die

Übertragung des staatlichen Kohlen- und Elektrizitätsunternehmens an die „Aktien-Gesellschaft Sächsische Werke in Dresden.“

Abg. Hofmann (Dn.) erhält den Ausschlußbericht und beantragt namens der Mehrheit die Annahme des Gesetzes mit einigen Änderungen. Der § 2 erhält folgende Fassung: „Die Aktien der Aktien-Gesellschaft Sächsische Werke dürfen nur mit Zustimmung des Landtages übergeben oder verpfändet werden. Der Zustimmung des Landtages zur Verpfändung bedarf es nicht, wenn die Verpfändung nur zur vorübergehenden Beschaffung von Geldmitteln für den Staat und längstens auf ein halbes Jahr erfolgt. Dem Landtage ist hiervon Mitteilung zu machen. Will der Staat im Falle einer Kapitalerhöhung nicht sämtliche neuen Aktien übernehmen, so bedarf dies der Zustimmung des Landtages. Die dem Staate schuldenden Aktien werden vom Finanzministerium verwaltet und verwertet.“

Abg. Langhork (Z.) legt einen Antrag der Koalitionsparität vor, der dahin geht, daß Verhandlungen von Kohlenfeldern, die nicht zum staatlichen Besitze gehören, nur mit Zustimmung des Landtages erfolgen dürfen.

Abg. Pieber (K.) beantragt, der Entwurf bedente das erste Geschenk der Großen Koalition an die Sozialisten. Seine Partei könne der jetzigen Regierung nicht die Verfügung über die Staatsbetriebe überlassen.

Abg. Eberle (Dn.): Seine Freunde lehnten die Vorlage ab. Sie befürchteten, daß der Weg des Staates, ein kapitalistisches Monopol zu errichten, dahin führen werde, die entgegenstehenden Interessen einfach niederzuwalzen. Finanzminister Reinhold verteidigte die Vorlage, die nötig sei zur Anbringung von Mitteln, die zum Ausbau der staatlichen Werke erforderlich würden. Mehrheitlich müsse darauf geachtet werden, daß die Staatskredite nicht geschmälert werden. Der Minister spricht dem Ministerialdirektor zu und dem Geheimrat Dr. Dörfle den Dank des Landes aus für den Ausbau der Staatsbetriebe. Die Regierung und die Spitzen der Gesellschaft seien sich einig darin, daß das Elektrizitätsunternehmen ein gemeinnütziges bleiben muß. In einer Besprechung mit den Leitern des Elektrizitätsunternehmens sei zum Ausdruck gekommen, daß die Preise für Kraft und Licht sehr bald erniedrigt werden müssen, da nun Ende dieses Monats der Abbau der Eisenbahnfrachten energisch in Angriff genommen werden soll. Beides werde zur Förderung unserer Industrie dienen. Mit den Änderungen sei die Regierung einverstanden.

Der Gesetzentwurf wird unter Ablehnung der Minderheitsanträge mit den Mehrheitsanträgen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Ohne Aussprache findet die Vorlage betr. Verkauf des Staatsgebäudes in der Seestraße 18 in Dresden, früheres Ministerhotel, an die Sächsische Staatsbank Annahme. — Zwei Nachträge zum Haushaltsplan von 1923 werden dem Ausschuss überwiesen.

Schließlich wird über die kommunikativen Anträge über Erwerbslosenfragen verhandelt. Die Ausschlußmehrheit beantragt, die Anträge durch die Erklärung der Regierung als erledigt zu betrachten. Abg. Pieber (K.) empfiehlt Annahme der Anträge. Nach kurzer Aussprache werden die kommunikativen Anträge als erledigt erklärt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 24. Januar, nachmittags 2 Uhr.

Abg. Müller-Leipzig nach Wirtschaftsminister.

M. Dresden. Der Landtagsabgeordnete Müller-Leipzig (Dn.) ist zum Wirtschaftsminister ernannt worden und hat sein Amt getreten. — Der Finanzminister Dr. Reinhold hat sein Landtagsmandat niedergelegt. In seine Stelle tritt der Malermeister Jähmig aus Wittweide als Mitglied der demokratischen Fraktion.

Dr. Schacht Pariser Reise.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird nach dem Morgen am Sonntagabend in Paris erwartet. General Dames sei der Auffassung, der Ausschluß werde etwa 8 Tage mit dem deutschen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zusammenarbeiten müssen, um ein genaues Bild von dem Gesamtzustand der deutschen Währungs- und Finanzfragen zu erhalten. Danach werde dann der Ausschluß die geplante Reise nach Berlin antreten.